

PRESSESTIMMEN

REGIERUNGSKRISE IN DEUTSCHLAND

Süddeutsche Zeitung

„Vorbei“ In der SPD suchen einige nach jemandem wie Nancy Pelosi. Die immer noch einflussreiche US-Demokratin war es, die im Juli mit ihrer Intervention maßgeblich Joe Biden zum Verzicht auf eine erneute Kandidatur bewogen hatte. Die vergangenen Tage haben einiges in Bewegung gebracht, es läuft in Teilen der Basis eine Rebellion gegen eine erneute Kandidatur von Olaf Scholz. Ein einflussreicher Sozialdemokrat sagt es so: Es ist vorbei. Nun müsse es jemand vertraulich Scholz sagen.

Süddeutsche Zeitung, München

Nordwest-Zeitung

„Wollen“ Die FDP braucht sich nicht wundern, dass sie in aktuellen Umfragen unter der Fünf-Prozent-Hürde liegt und bei der nun anstehenden Neuwahl wohl aus dem Bundestag fliegt. Wer nicht verantwortlich regieren will, den braucht man auch nicht wählen.

Nordwest-Zeitung, Oldenburg

KALENDERBLATT



Foto: Weithold

DAS GESCHAH AM ...

19. November

1969: Zum zweiten Mal stehen Menschen, die US-Astronauten Charles Conrad und Alan Bean, auf dem Mond (Mission „Apollo 12“).

2004: Die Post macht Ernst mit der Schließung von 350 Postämtern ab 2005 und beginnt, die betroffenen Bürgermeister zu informieren.

2019: Im langen Ringen um die Nutzung des Hitler-Geburtshauses in Braunau (im Bild der Mahnstein vor dem Haus) fällt eine Entscheidung: In dem Gebäude kommen das Bezirkspolizeikommando und die Polizeiinspektion unter.

nachrichten.at

Kommentare, Meinungen und Kolumnen finden Sie auf nachrichten.at/meinung



Fusionsküche

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

WOLODYMYR SELENSKYJ

Seit 1000 Tagen im Krieg

VON HEIDI RIEPL

Auch an ihm hat der Krieg bereits deutliche Spuren hinterlassen. Kein Wunder: Wolodymyr Selenskyj ruft seit nunmehr 1000 Tagen mit seinen täglichen Video-Botschaften zum Durchhalten auf. Obwohl der ukrainische Präsident jetzt endlich die Erlaubnis der US-Regierung bekommen hat, mit den amerikanischen Raketen auch tief in russischen Gebieten anzugreifen, wirkt er nicht wirklich erleichtert. „Die Raketen werden für sich selbst sprechen“, sagte der 46-Jährige nüchtern, der stets im Pullover mit eingesticktem Ukraine-Logo auftritt. Die Erschöpfung ist ihm aber ins Gesicht geschrieben. Selbst seine Freunde erkennen ihn nicht wieder: Aus dem einst so fröhlichen Komödianten ist ein hartnäckiger und teils rücksichtsloser Kriegspräsident geworden.

Sicher ist aber: Kein Präsident der Ukraine hat international je solch eine Bekanntheit erlangt und solch einen Einfluss auf die Weltpolitik wie der nur knapp 1,70 große Ukrainer. Er hat es geschafft, seit 2022 dem übermächtigen Gegner Russland die Stirn zu bieten und sein Land in Rekordzeit zum EU-Beitrittskandidaten zu machen. Mit seinem Waffenwunschzettel fordert er den Westen unermüdlich zur Unterstützung auf. Dabei lässt er keinen Termin aus: Bei der UNO, der Weltbank und bei allen großen Konferenzen wirbt der Vater von zwei Kindern für den Überlebenskampf der Ukraine. Der Sohn jüdischer Eltern steckt jedoch in einem Dilemma. Einerseits muss er den Ukrainern Mut machen. Andererseits weiß er nach fast drei Kriegsjahren auch, dass die großzü-



Aus dem Komödianten wurde ein Kriegspräsident.

gige Unterstützung des Westens nicht ausreichen wird, Tod, Elend und Not in der Ukraine zu verhindern. Für die Russen ist er eine Marionette der Amerikaner. Selbst in der Ukraine ist die anfangs euphorische Zustimmung verflogen. Der Präsident, der mit eigenen Offshore-Firmen im Visier der Korruptionsermittler steht, hat alle Kritiker abgesetzt. Eigentlich wäre seine Amtszeit längst abgelaufen. Doch mitten im Krieg will Selenskyj sich keiner Wahl stellen. Er weiß: Die Zukunft der Ukraine ist auch seine persönliche Zukunft.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON LUCIAN MAYRINGER



Die schwarz-rote Überlebensformel

Nur noch 22.000 Asylanträge gab es bis Ende Oktober in Österreich: Das entspricht einem Minus von 61 Prozent im Vorjahresvergleich. Und im Burgenland wurden heuer nur mehr 3127 illegale Grenzgänger aufgegriffen. Vor zwei Jahren waren es noch 67.000. Problem gelöst – diese Botschaft suggerieren die Zahlen des Innenministeriums schon das ganze (Wahl-)Jahr über. Wer dennoch der rechtspopulistischen Panikmache auf den Leim geht, ist also selber schuld? Mitnichten. Dass in Österreich die FPÖ und andernorts deren Schwesterparteien von Wahlsieg zu Wahlsieg eilen, liegt an deren Glaubwürdigkeit im Ansprechen des Gefühls einer Überforderung.



„Kein Weiter-wie-bisher“ – wo sonst als beim Thema Ausländer gilt das

Diese Logik lässt sich nicht durch die Übernahme von deren Kampfrhetorik brechen, wie das Oberösterreichs Integrationslandesrat Christian Dörfel sicher

nicht als letzter VP-Politiker versucht. Am Tag, an dem ein schwarz-rot-pinkes „Bündnis der Vernunft“ angekündigt wurde, seien die Verhandler daran erinnert, dass ihre Chance beim Ausländerthema in der Lösungskompetenz, der großen Schwäche der Rechten, liegt.

Das beginnt bei der dauerhaften Reduktion des Zuzugs. Eine neue Regierung muss in Brüssel als starke Stimme für den eingeschlagenen Weg eintreten. An deren Ende soll es Asylzentren außerhalb des Kontinents, einen starken Außengrenzschutz und eine funktionierende Drittstaatenregelung geben. Auch die Einschränkung von Anreizen im Sozialsystem darf kein Tabu sein. Nur so lässt sich die Akzeptanz für die legale Migration, auf die Wirtschaft und Gesundheitswesen nicht verzichten können, zurückgewinnen.

Unabhängig davon liegt die Mammutaufgabe in der Bewältigung der durch den starken Zuzug der vergangenen Jahre in den Ballungszentren entstandenen Probleme. Wenn in Wien 70 Prozent der Schüler zu Hause nicht Deutsch sprechen und jedes siebte Volksschulkind dem Unterricht nicht folgen kann, ist das eine Großbaustelle für die Bildungspolitik. Wie beim Sicherheitsrisiko durch soziale Ghettos könnte Umverteilung ein Ansatz sein. „Kein Weiter-wie-bisher“, haben Karl Nehammer und Andreas Babler für ihr Koalitionsprojekt angekündigt. Beim Ausländerthema wird dieses Motto für Schwarz und Rot zur Überlebensformel.

✉ l.mayringer@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Hilfe, vom Aussterben bedroht!

Von einer breiten Öffentlichkeit unbeachtet, möchte ich hier auf das schreckliche Schicksal einer bedrohten Wirtschaftsart aufmerksam machen. Über Jahrhunderte leistete der Kapitalismus großartige Dienste für die Welt – nun ist er vom Aussterben bedroht.

Stets im Schatten von Altruisten und sozial Engagierten wurde ihm nie die Wertschätzung zuteil, die er verdient hätte. Die einzigartige Idee, produktive Kräfte frei dorthin zu lenken, wo sie langfristig die größte Wertschöpfung erbringen, hat die Welt wie kaum je ein anderes Konzept verbessert.

Keine Anerkennung für die wahrlich altruistischen Heldentaten zu erhalten, war das eine, zum Sündenbock für alles Verwerfliche gemacht zu werden, dann aber wohl zu viel des Guten. Einem Märtyrer gleich ertrug er die vielen Anfeindungen. Vorwürfe wie Egoismus und Geldgier ließ er über sich ergehen und lieferte dennoch völlig uneigennützig die Wohlstandsgewinne, die dann wiederum all die anderen guten Menschen großzügig in der Nahrungskette zu verteilen wussten.

Vom Waldsterben über Fragen der Gleichheit bis zum Klimawandel – alles schien seine Schuld zu

sein, obwohl jeder, der es hätte sehen wollen, erkennen musste, dass es unter anderen Wirtschaftsarten um Waldsterben, Gleichheit und Klimawandel weitaus schlechter stand. Fürsprecher hatte der Kapitalismus immer schon wenige, solidarisch zeigten sich ab und zu einige Wirtschaftswissenschaftler und Nichtregierungsorganisationen. Doch auch diese Gruppe wurde vom wütenden Virus des „woken“ Zeitgeistes dezimiert.

Die Zerstörung seiner natürlichen Umgebung schritt schnell voran: Wettbewerb wurde als bösartig und Eigentumsrechte wurden als lästig empfunden, freies Unter-

nehmertum wurde verachtet. Selbst das gesunde Streben nach Fortschritt hatte zuletzt in der jungen Population an Bedeutung verloren. Abkömmlinge wie Karriere und Leistung sind nach Osten auf den asiatischen Kontinent ausgewandert oder gedeihen prächtig im günstigen Habitat weit nördlich des Amazonas.

Wenn der Wohlstand schmilzt

Lobenswert sind Selbsthilfegruppen von Sozialisten, welche die letzten kapitalistischen Exemplare erhalten möchten, um den Verteilung ihrer eigenen bedrohten Herden stillen zu können. Das Aus-

sterben des Kapitalismus belastet das Ökosystem, die Kippunkte sind überschritten: Die öffentliche Schuldenbelastung hat jegliche Grenzwerte überschritten, Wohlstand schmilzt im nordöstlichen Alpenraum bedrohlich schnell und lässt Sorgenpegel steigen.

Falls Sie in nächster Zeit einen jungen Kapitalisten in freier Wildbahn sehen, fangen Sie die scheue Art behutsam ein – es könnte das letzte Exemplar dieser seltenen Spezies gewesen sein. Die Wiederansiedlung wird schwierig werden.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Assetmanagement an der JKU.